

V1 Luftverkehr ökologisch gestalten - Steuern rauf, Alternativen stärken, Inlandsflüge abschaffen

Antragsteller*in: Liam Harrold

Tagesordnungspunkt: 9. V-Anträge

Zusammenfassung

Die GRÜNE JUGEND Niedersachsen fordert ein Verbot von Inlands- und bestimmten Kurzstreckenflügen sowie eine angemessene Besteuerung des Luftverkehrs, bspw. über die Einführung einer Kerosinsteuer. Außerdem begrüßt die GJN Alternativen zum Fliegen sowohl für den Fracht- also auch für den Passagiertransport, insbesondere die Bahn aber auch andere ökologische Transportwege wie Frachtensegler. Dennoch erkennt die GJN die teilweise Notwendigkeit von Langstreckenflügen in einer globalisierten Welt an und fordert die Förderung alternativer Antriebstechnologien. Außerdem fordert die GJN eine Ausweitung des Nachtflugverbots bzw. am Flughafen Hannover dessen Einführung.

1 Die GRÜNE JUGEND Niedersachsen fordert eine angemessene Besteuerung aller
2 Verkehrsmittel. Während heutzutage zwar viel über hohe und vor allem steigende
3 Benzinpreise geschimpft wird, ist die Mineralölsteuer im Grundsatz ein
4 akzeptiertes Instrument der ökologischen Steuerung, selbst wenn sie nicht
5 ausreicht, um wirksam die Verkehrswende voran zu treiben.

6 Der Luftverkehr dagegen wird stark subventioniert durch den Verzicht auf
7 Kerosin- oder Ticketsteuern. Dieses Ungleichgewicht ist völlig unverständlich,
8 denn gerade die starke Zunahme des Luftverkehrs in den vergangenen 20-30 Jahren
9 hat nicht zu vernachlässigende klimaschädigende Auswirkungen. Insbesondere
10 unnötige Inlands- und Kurzstreckenflüge, für die die Bahn eine Alternative
11 darstellen könnte, sind ein zunehmendes Problem. Die GRÜNE JUGEND Niedersachsen
12 fordert deshalb mittelfristig ein Verbot von Inlandsflügen und
13 Kurzstreckenflügen in Kontinentaleuropa mit einer Flugstrecke von unter 1000
14 Flugmeilen.

15
16 Der Luftverkehr entwickelt sich durch klimaschädliche Emissionen wie NO_x
17 (Stickoxide) und Kohlenstoffdioxid zu einem der größten Klimakiller. Doch nicht
18 nur aus ökologischen Gesichtspunkten ist der Luftverkehr zu kritisieren, denn
19 durch immer mehr Flugzeuge – sei es zum Transport von Waren in der
20 globalisierten Wirtschaft oder der Personenverkehr – steigt auch der Fluglärm.
21 Dieser ist für die Betroffenen in Flughafennähe oft gesundheitsschädigend,
22 weswegen das Problem an der Wurzel gepackt werden muss. Die GRÜNE JUGEND
23 Niedersachsen fordert deshalb eine Ausweitung des Nachtflugverbotes.
24 Insbesondere am größten Flughafen Niedersachsens, dem Flughafen Hannover-
25 Langenhagen, tut dies Not, da dies der deutschlandweit einzige Flughafen ohne
26 Nachtflugverbot ist.

27 Die GRÜNE JUGEND Niedersachsen fordert daher die Einführung einer Kerosinsteuer.
28 Die 2011 beschlossene ökologische Luftverkehrsabgabe, durch die innereuropäische
29 Flüge je nach Länge mit bis zu 42 Euro mehr belastet werden war und ist ein
30 richtiger Schritt. Es braucht jedoch mehr Mut und den ernsthaften Willen zur
31 Ökologisierung des Verkehrswesens. Deshalb muss, wie bei allen anderen
32 Verkehrsträgern üblich, auch der Treibstoff für Flugzeuge, das Kerosin,
33 besteuert werden.

34 Als ersten Schritt schlägt die GRÜNE JUGEND Niedersachsen die Einführung einer
35 Kerosinsteuer für inländische Flüge vor. Das Recht zur Einführung einer
36 derartigen Steuer steht seit 2004 allen EU-Staaten zu, hierzu fehlte bisher nur
37 der politische Wille im Bundestag.

38 Mittel- und langfristig fordert die GRÜNE JUGEND Niedersachsen auch die
39 Einführung einer Kerosinsteuer auf innereuropäische und internationale Flüge.

40 Die hierdurch generierten Mehreinnahmen sollen in die Förderung oder steuerliche
41 Entlastung umweltfreundlicherer Verkehrsmittel investiert werden.

42
43 Zusätzlich sollte das Verursacherprinzip auch in der Luftfahrt konsequent
44 angewendet werden und mindestens Flughafennahe Umweltauswirkungen eingepreist
45 werden. Diese Internalisierung externer Folgekosten der durch den Luftverkehr
46 entstehenden Umweltauswirkungen trägt gleichzeitig zum Abbau der
47 Wettbewerbsverzerrung zwischen der Luftfahrt und der Bahn bei, eine Bahnfahrt
48 wird somit, trotz oftmals längerer Dauer, attraktiver. Die tatsächliche
49 Kostenabbildung im Ticketpreis wird ein Flugticket für unter 30 Euro von
50 Hannover nach München (zum Vergleich: ein Bahnticket kostet oftmals über 80
51 Euro) unmöglich machen.

52
53 Auch die Forschung alternativer Antriebstechnologien sollte stärker als bisher
54 gefördert werden. Ob Treibstoff aus Algen, Elektro- oder Wasserstofftechnologie,
55 die GRÜNE JUGEND Niedersachsen begrüßt die Ökologisierung mit modernen
56 Technologien gerade bei unvermeidbaren Langstreckenflügen. Dennoch, wo es geht,
57 sollte das Fliegen überflüssig oder unwirtschaftlich gemacht werden um
58 alternative Transportwege wie die Bahn oder ökologischen Schiffsverkehr zu
59 nutzen.

60 In diesem Zusammenhang begrüßt die GRÜNE JUGEND Niedersachsen Clean shipping-
61 Projekte wie die "Avontuur" von Timbercoast aus Elsfleth oder die "Tres Hombres"
62 von Fairtransport au Den Helder (Niederlande).

Begründung

Ergibt sich aus dem Antragstext. Weiteres erfolgt mündlich.

V2 Grüne Gentechnik - Neustart einer Debatte

Antragsteller*in: Hauke Köhn

Tagesordnungspunkt: 9. V-Anträge

Zusammenfassung

Dieser Antrag behandelt die Chancen und Risiken gentechnisch veränderter Organismen (Abk.: GVO). Er fordert Gentechnik nicht pauschal zu verbieten. Wissenschaftliche Erkenntnisse haben gezeigt: Gentechnik ist nicht automatisch gefährlich. Allerdings können GVO nicht alle Probleme der Landwirtschaft lösen. Auch braucht es weiterhin Auflagen für den Gebrauch von Gentechnik in der Landwirtschaft.

Zunächst wird die Sachlage erörtert. Dann werden daraus Schlussfolgerungen gezogen. Am Ende finden sich die wieder etwas leichter verständlichen Forderungen.

1 Einführung

2 Das Ablehnen des Einsatzes von Gentechnik in der Landwirtschaft, sogenannter
3 grüner Gentechnik, gehört seit jeher zu den Position grüner, ökologischer
4 Parteien und Vereinigungen auf der ganzen Welt. Mit dem Aufkommen gentechnisch
5 veränderter Organismen (Abk.: GVO) in den Achtziger und Neunziger Jahren wuchs
6 auch der Widerstand gegen den Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft. Aus
7 damaliger Sicht mag es richtig gewesen sein, ohne hinreichende wissenschaftliche
8 Langzeitstudien der Gentechnik kritisch gegenüber zu stehen. Doch seitdem sind
9 zahlreiche Untersuchungen und Studien veröffentlicht worden und der
10 wissenschaftliche Konsens ist mittlerweile eindeutig: Bisher konnte nicht
11 nachgewiesen werden, dass genetisch veränderte Nutzpflanzen pauschal Nachteile
12 gegenüber konventioneller Züchtungen mit sich bringen.[1] [2] Die größten Sorgen
13 bezüglich GVO betrafen dabei die Gesundheit der Konsumierenden von GVO und
14 mögliche negative Auswirkungen auf die Umwelt. Beide Punkte sollen hier kurz
15 erläutert werden.

16 Gesundheitliche Aspekte

17 Vielfach ist die Sorge geäußert worden, der Verzehr von GVO könnte sich negativ
18 auf die Gesundheit der Konsument*innen auswirken. Mögliche Gesundheitsrisiken
19 wären Beeinträchtigung der (Fortpflanzungs-)Organe, eine veränderte
20 Nährstoffzusammensetzung und noch unbekannte Faktoren, die bisher nie beobachtet
21 wurden. Insbesondere durch Versuchen an Säugetieren, bei denen eine Tiergruppe
22 Futter mit GVO verabreicht bekommt und später mit einer Kontrollgruppe
23 verglichen wird, konnte gezeigt werden,
24 dass GVO wohl keinen nachweisbaren Einfluss auf die Organe und Fortpflanzung
25 haben. Das gilt insbesondere auch für die Nachkommen dieser Generation. [4] [5]
26 Auch hatte die Markteinführung von GVO in den USA 1996 keinerlei Auswirkungen
27 auf die Inzidenzrate von verschiedensten Krebsarten, Nierenerkrankungen,
28 Fettleibigkeit, Glutenunverträglichkeit und im Vergleich mit Daten aus
29 Großbritannien auch keinerlei Zusammenhang zu Autismus. [2, vgl. S. 207]
30 Genetisch veränderte Pflanzen weisen in ihrer chemischen Zusammensetzung und
31 ihrem Nährstoffgehalt statistisch signifikante Unterschiede zu konventionellen
32 Pflanzen auf, jedoch liegt dieser Unterschied im Bereich der natürlichen
33 Schwankungen konventioneller Produkte und besitzt daher keinerlei toxikologische
34 Relevanz (ausgenommen natürlich GVO mit gezielt veränderten

35 Nährstoffzusammensetzungen).[2] [6]
36 Es gibt zwar nach wie vor wissenschaftliche Studien, die den wissenschaftlichen
37 Konsens zu den gesundheitlichen Aspekten von GVO bestreiten, doch
38 bibliographische Untersuchungen konnten zeigen, dass diese meist methodische
39 Schwächen aufwiesen und in eher unbedeutenderen Journalen veröffentlicht
40 werden.[3]
41 Nach Jahren von Forschungsarbeit gilt es als wissenschaftlich anerkannt und
42 gesichert, dass GVO nicht gesundheitsschädlicher als Produkte aus
43 konventioneller Züchtung sind. [1] [2] [6] Darüber hinaus können GVO indirekt
44 die menschliche Gesundheit positiv beeinflussen, wenn sie zu einem verringerten
45 Einsatz potentiell krebserregender Pestizide in der Landwirtschaft führen.
46 Insbesondere in Ländern des globalen Südens werden Pestizide häufig ohne
47 adäquaten Arbeitsschutz (wenn überhaupt) verteilt. Auch bietet grüne Gentechnik
48 das Potential, zusätzliche Nährstoffe in Lebensmitteln heranzuzüchten und so
49 Mangelerscheinungen in bestimmten Regionen der Welt vorzubeugen. Bekanntestes
50 Beispiel ist hierfür der Golden Rice. Aufgrund verschiedenster Faktoren ist
51 Golden Rice bisher nicht großflächig zum Einsatz gekommen.

52 Auswirkungen auf die Umwelt

53 Während es eindeutig erscheint, dass der Verzehr von GVO gesundheitlich
54 unbedenklich ist, gibt es durchaus nachweisbare Auswirkungen von GVO auf die
55 Umwelt und Ökosysteme. Diskutierte mögliche Risiken sind der Einfluss der
56 pflanzeneigenen Insektengifte (wie etwa das Bt-Protein) auf verwandte Arten des
57 zu bekämpfenden Schädling, die Auswirkungen von Genflow und Durchmischung mit
58 (wilden) Artverwandten der Pflanze sowie die damit verbundenen Effekte auf die
59 Biodiversität.
60 Die erste Frage, ob pflanzen-eigene Insektengifte auch unbeabsichtigt anderen
61 Insektenpopulationen Schaden zufügen, wurde unter anderem an Bt-Mais und dessen
62 Wirkung auf den Maiszünsler untersucht. Zwar stellte sich in Laborversuchen
63 heraus, dass vorallem nahe verwandte Schmetterlingsarten durchaus Schaden durch
64 das Bt-Protein nehmen können, im Freifeldversuch unter realistischen Bedingungen
65 waren die Konzentrationen jedoch viel geringer und daher konnte keine Wirkung
66 auf die Population festgestellt werden. Ebenfalls wirkungslos im Freifeldversuch
67 war der Bt-Mais auf Bienen, Regenwürmer, andere Insektenarten und die
68 Mikroorganismen im Boden. Lediglich die Zusammensetzung der Gattungen von
69 Nematoden (Fadenwürmer) veränderte sich bei Bt-Mais, die biologische Funktion
70 der Nematoden blieb jedoch unbeeinträchtigt. Das Bt-Protein gelangte zwar in den
71 Boden, jedoch in einer äußerst geringen Konzentration (weniger als ein μg Bt pro
72 Gramm Boden), sodass es nicht schädlich für lebende Organismen sein konnte. [7,
73 vgl. S. 20] GVO schädigen Insektenpopulationen somit nicht zwangsläufig.
74 Gentechnisch veränderte Pflanzen können ihre Gene (wie auch konventionell
75 gezüchtete Pflanzen) an ihre Umwelt weiter verteilen, insbesondere kreuzen sie
76 sich so mit ihren wilden Artverwandten. Möglicherweise könnten sich so die
77 gentechnisch veränderten Pflanzen durch einen Selektionsvorteil ausbreiten und
78 damit insgesamt die Biodiversität beeinträchtigen, auch wenn es nur wenig
79 Anhaltspunkte gibt, dass GVO bisher Einfluss auf die Biodiversität in
80 untersuchten Ökosystemen hatten.[8] [9] Daraus resultiert ein Bedarf an weiterer
81 Forschung und die Notwendigkeit von Monitoring beim Anbau von GVO. Es sei
82 angemerkt, dass natürlich auch Monokulturen mit konventionellen Nutzpflanzen die
83 Biodiversität negativ beeinträchtigen können.
84 Es gibt Vorwürfe, GVO würden zu erhöhtem Gebrauch von Herbiziden führen.

85 Exemplarisch dafür steht der Anbau gentechnisch veränderter Sojabohnen in den
86 USA. Diese Bohnen sind unempfindlich gegenüber dem Herbizid Glyphosat, aus
87 diesem Grund können Unkräuter und andere Pflanzen auf diesen Feldern sehr leicht
88 mit Glyphosat bekämpft werden, was zu einem vermehrten Einsatz von Glyphosat
89 geführt hat. Es ist aber keineswegs so, dass GVO zwangsläufig den Verbrauch von
90 Herbiziden fördern. Stattdessen müssen wir fragen, zu welchen Zwecken wir
91 Gentechnik einsetzen wollen.

92 Schlussfolgerungen

93 90 Prozent aller Wissenschaftler*innen gehen davon aus, dass der Anbau
94 gentechnisch veränderter Pflanzen sicher ist.[10] Die WHO ist zurückhaltender
95 und betont:"Unterschiedliche GVO enthalten unterschiedliche Gene, die
96 verschiedenste Wirkungen haben. Daher sollten gentechnisch veränderte
97 Lebensmittel von Fall zu Fall einzeln beurteilt werden, eine allgemeine Aussage
98 [über die Sicherheit von GVO] ist somit nicht möglich."[11] In jedem Fall können
99 die pauschalen Vorwürfe, die gegenüber der grünen Gentechnik bestehen, nicht
100 aufrechterhalten werden. Es sind durchaus ökologisch nachhaltige GVO
101 vorstellbar, die gegenüber konventionellen Agrarpflanzen große Vorteile hegen.
102 Die mit Gentechnik verbundenen Risiken treten auch bei konventioneller Züchtung
103 auf. Es besteht einzig der Unterschied, dass sich GVO eventuell durch
104 Marktmechanismen sehr viel schneller global verbreiten könnten. Hinreichende
105 Regulierung und Zulassungskontrollen für GVO ist also erforderlich.
106 Insbesondere mit der neuen CRISPR-Technologie können Veränderungen an den
107 Genen
108 genauer und präziser als jemals zuvor vorgenommen werden. CRISPR ermöglicht es
109 gezielt in das Erbgut einzugreifen und eliminiert dabei eine große Zahl an
110 Zufallsfaktoren, die vorher Bestandteil jeder Art von Gentechnik waren. Durch
111 die Reduktion dieses Zufallsfaktors könnten dabei mögliche Risiken der
112 Gentechnik weiter gemindert werden, indem die genetischen Veränderungen
113 gezielter vorgenommen und verstanden werden. Die Anwendungsgrenzen der CRISPR-
114 Technologie sind noch nicht bekannt. Somit ist es denkbar, Nutzpflanzen zu
115 erstellen, die etwa dürre- oder flutresistenter sind, oder die gezielt
116 Schadstoffe aus der Luft filtern und vermehrt CO₂ und andere Treibhausgase aus
117 der Atmosphäre abbauen. Gentechnik und insbesondere die grüne Gentechnik bieten
118 also das Potential bei den kommenden
119 Herausforderungen durch Klimawandel und Umweltzerstörung Werkzeuge und Methoden
120 zur Verfügung zu stellen, mit denen diese Herausforderungen besser bewältigt
121 werden können. Die Welt wird 2050 etwa 9 Milliarden Menschen beherbergen und
122 etwa 70 Prozent mehr Lebensmittel benötigen als in den Jahren 2005/2006, die
123 Nahrungsmittelproduktion in Entwicklungsländern muss sich in diesem Zeitraum
124 sogar verdoppeln.[12] Wenn wir dies ökologisch nachhaltig tun wollen, bieten
125 gentechnisch veränderte Pflanzen einen möglicherweise unumgänglichen
126 Lösungsbaustein.

127 Forderungen

128 Die GRÜNE JUGEND Niedersachsen lehnt grüne Gentechnik nicht pauschal ab und
129 erkennt
130 ihren potentiellen Nutzen sowie mögliche Vorteile an. Wir wollen die Debatte um
131 grüne Gentechnik ohne Dogmen und ideologische Voreinstellung neu beginnen und

132 auf wissenschaftlicher Basis politisch argumentieren. Dabei ist es wichtig
133 Gentechnik als ein Mittel zum Zweck aufzufassen, mit dem negative Ziele als auch
134 positive Ziele verfolgt werden können. Unter anderem für folgende Ziele darf
135 Gentechnik unserer Auffassung nach nicht genutzt werden:

- 136 • Das Erstellen von Pflanzen mit Herbizidresistenz, in der Intention den
137 Herbizideinsatz auf den Feldern zu verstärken. Ziel grüner Gentechnik
138 sollte es sein den Pesti-, Fungi- und Herbizideinsatz zu verringern.
- 139 • Es darf nicht sein, dass Großkonzerne mit Gentechnik ihre Marktmacht und
140 Monopolstellung weiter ausbauen. Insbesondere das Ausnutzen von
141 Eigentumsrechten an Saatgut wäre zutiefst kontraproduktiv, gerade für die
142 Landwirt*innen in Ländern des globalen Südens. Terminatorsamen, also nicht
143 keimfähiges Saatgut genetisch veränderter Pflanzen, lehnen wir ab.
- 144 • GVO sind ein Mittel von vielen für die Agrarwende und kein Allheilmittel.
145 Eine Umstellung unserer Ess- und Anbaugewohnheiten ist nach wie vor
146 notwendig und Gentechnik kann hier keine Begründung für Ausflüchte oder
147 Vermeidung dieser Umstellungen sein.

148 Die ethischen Fragen um Gentechnik, ob es dem Menschen erlaubt sein sollte durch
149 Genmanipulation in die "Schöpfung der Natur" einzugreifen, sind irreführend.
150 Der Mensch hat seit jeher durch Züchtungen in die Natur und das Genom
151 eingegriffen und ohne Züchtung wäre Landwirtschaft und damit Zivilisation nicht
152 vorstellbar. Die wahre ethische Frage, die sich für uns stellt, ist, wie es
153 gelingen kann alle Menschen auf der Welt ausreichend und ökologisch nachhaltig
154 mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Grüne Gentechnik ist ein Werkzeug, das wir zu
155 diesem Zweck einsetzen können. Dazu fordern wir:

- 156 • Erforderlich ist eine Kennzeichnungspflicht für Produkte, in denen in
157 irgendeiner Form GVO enthalten sind. Somit kann Transparenz hergestellt
158 werden und die Entscheidungsfreiheit der*des Einzelnen bleibt gewahrt, ob
159 er* oder sie* Gentechnik konsumieren möchte. Die Entscheidung des EuGH,
160 dass Gen-Editing-Verfahren wie CRISPR wie Gentechnik behandelt werden ist
161 juristisch korrekt, allerdings sollten wir allgemein unser Verhältnis zu
162 klassischer Gentechnik und Gen-Editing überdenken.
- 163 • Wir sprechen uns dafür aus, unter kontrollierten Bedingungen die
164 Erforschung der Gentechnik weiter voran zu treiben. Dies umfasst
165 selbstverständlich Grundlagenforschung als auch anwendungsorientierte
166 Forschung. Ein Forschungsverbot wäre ein fundamentaler Eingriff in die
167 Freiheit von Wissenschaft und Forschung und die möglichen Risiken
168 rechtfertigen diesen nicht.
- 169 • Für GVO und konventionell gezüchtete Sorten muss die Anbauzulassung das
170 gleiche
171 unabhängige staatliche Zulassungsverfahren mit Feldstudien beinhalten,
172 welche sowohl die gesundheitlichen Folgen des menschlichen Verzehr
173 untersucht, als auch mögliche Auswirkungen auf Umwelt und Biodiversität.
174 Dabei ist das Vorsorgeprinzip zu achten.
- 175 • Gentechnik ist vor allem in Ländern des globalen Südens, die am stärksten
176 vom Klimawandel betroffen sind, ein Mittel um Ertragssteigerungen zu

177 erzielen und Mangelernährung vorzubeugen. Deutschland und andere
178 Industrienationen produzieren dagegen zu viele Grundlebensmittel. Daher
179 sollte Gentechnik in unseren Breitengraden nicht primär der
180 Ertragssteigerung dienen, sondern wenn sie zum Einsatz kommt darauf
181 abzielen Umweltprobleme, wie etwa die Überdüngung der Böden, zu lösen.

182 Grüne Gentechnik muss also so nutzbar gemacht werden, dass die Vorteile die
183 Risiken bei weitem überwiegen. Grüne und ökologische Politik muss hierfür die
184 Rahmenbedingungen setzen und wissenschaftliche Realitäten sowie objektive
185 Nutzen-Risiko-Analysen akzeptieren. Für uns ist die Intention mit der die
186 Technologie eingesetzt wird von entscheidender Bedeutung. Verbote und pauschales
187 Ablehnen der Gentechnik ignorieren die Nuancen und zahlreichen Facetten in den
188 Anwendungen. Daher fordern wir den verantwortungsvollen Umgang mit der
189 Gentechnik, in Respekt vor den Lebensgrundlagen auf diesem Planeten, in Achtung
190 und Wertschätzung unserer Mitmenschen und zukünftigen Generationen.

191 Literaturverzeichnis

- 192 [1] A. Nicolia, A. Manz, F. Veronesi, D. Rosellini:
193 An overview of the last 10 years of genetically engineered crop safety research;
194 Critical Reviews in Biotechnology, eingereicht 17.12.2012, angenommen
195 24.06.2013,
196 [https://www.tandfonline.com/doi/abs/10.3109/07388551.2013.823595?journalCode=ibt-](https://www.tandfonline.com/doi/abs/10.3109/07388551.2013.823595?journalCode=ibt-y20)
197 [y20](https://www.tandfonline.com/doi/abs/10.3109/07388551.2013.823595?journalCode=ibt-y20)
198 (abgerufen am 29.08.2018)
- 199 [2] Committee on Genetically Engineered Crops, Board on Agriculture and Natural
200 Resources, Division on Earth and Life Studies:
201 Genetically Engineered Crops: Experiences and Prospects;
202 THE NATIONAL ACADEMIES PRESS, Washington DC 2016,
203 <https://www.nap.edu/read/23395/> (abgerufen am 10.09.2018)
- 204 [3] M. A. Sánchez, W. A. Parrott:
205 Characterization of scientific studies usually cited as evidence of adverse effects
206 of GM food/feed;
207 Plant Biotechnology Journal, veröffentlicht 15.07.2017,
208 <https://onlinelibrary.wiley.com/doi/full/10.1111/pbi.12798> (abgerufen am
209 10.09.2018)
- 210 [4] G. S. Rhee et al.:
211 Multigeneration reproductive and developmental toxicity
212 study of bar gene inserted into genetically modified potato on rats;
213 Journal of Toxicology and Environmental Health, veröffentlicht 10.12.2005,
214 <https://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/15287390500182446> (abgerufen
215 16.09.2018)
- 216 [5] Q. Liu et al.:
217 Effects of long-term feeding with genetically modified Bt rice on the growth and
218 reproductive performance in highly inbred Wuzhishan pigs;
219 Food Control, veröffentlicht 10.03.2018,
220 <https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0956713518301245> (abgerufen
221 16.09.2018)

- 222 [6] C. Snell et al.:
223 Assessment of the health impact of GM plant diets in long-term and
224 multigenerational animal feeding trials: A literature review;
225 Food and Chemical Toxicology, eingereicht 08.08.2011, angenommen 24.11.2011,
226 <https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0278691511006399> (abgerufen
227 16.09.2018)
- 228 [7] Bundesministerium für Bildung und Forschung, Referat 617-Bioökonomie:
229 25 Jahre BMBF-Forschungsprogramme zur biologischen Sicherheitsforschung -
230 Umweltwirkung gentechnisch veränderter Pflanzen; Dezember 2014
- 231 [8] H. Landry:
232 Challenging Evolution: How GMOs Can Influence Genetic Diversity;
233 Harvard University, 10.08.2015,
234 [http://sitn.hms.harvard.edu/flash/2015/challenging-evolution-how-gmos-can-
235 influence-genetic-diversity/](http://sitn.hms.harvard.edu/flash/2015/challenging-evolution-how-gmos-can-influence-genetic-diversity/) (abgerufen 22.09.2018)
- 236 [9] C. Kwit, H. S. Moon, S. I. Warwick, C. N. Stewart Jr.:
237 Transgene introgression in crop relatives: molecular evidence and mitigation
238 strategies;
239 Trends in Biotechnology, veröffentlicht 08.03.2011
- 240 [10] J. Brody:
241 Are G.M.O. Foods Safe?;
242 The New York Times, 23.04.2018,
243 <https://www.nytimes.com/2018/04/23/well/eat/are-gmo-foods-safe.html> (abgerufen
244 28.09.2018)
- 245 [11] World Health Organisation:
246 Frequently asked questions on genetically modified foods;
247 Mai 2014, www.who.int/foodsafety/publications/biotech/20questions/en/ (abgerufen
248 28.09.2018)
- 249 [12] UN Food and Agriculture Organisation:
250 Global Agriculture towards 2050;
251 veröffentlicht Oktober 2009

Begründung

Bündnis 90/Die Grünen und die GRÜNE JUGEND sind seit jeher strikt gegen die Anwendung von Gentechnik in der Landwirtschaft. Doch die Argumentationen und die Belege für diese Position sind im Laufe der Jahre immer weiter erodiert und nicht mehr wissenschaftlich haltbar. In Zeiten von Fake News und Klimawandelleugnern ist es jedoch wichtiger denn je, wissenschaftliche Erkenntnisse zu respektieren und auf ihrer Grundlage Politik zu machen. Dieser Antrag gibt nicht der Lobby von Monsanto oder sonstigen Unternehmen nach, sondern betont die Erkenntnisse unabhängiger Wissenschaftler*innen und zieht daraus politische Schlüsse.

Auch innerhalb der Altpartei gibt es mittlerweile zunehmend die Debatte, ob die Positionen zur Gentechnik so haltbar sind. Ausgangspunkt war hier der Grundsatzprozess und das Urteil des EuGH zu CRISPR. Wir als GRÜNE JUGEND Niedersachsen sollten ebenfalls in diese Debatte eintreten und unsere Dogmen stets überdenken.

V3 Arbeitsprogramm 2019

Gremium: Landesvorstand der GJN
Beschlussdatum: 26.09.2018
Tagesordnungspunkt: 6. Arbeitsprogramm

Zusammenfassung

In diesem Arbeitsprogramm möchten wir gemeinsam mit euch festlegen, was wir uns im kommenden Jahr vornehmen.

Es ist aufgeteilt nach „Politische Lage“, „Bildungsarbeit“, „Inhaltliche Schwerpunkte“, „GJN Strukturen“ und „GJN nach außen“.

In der politischen Lage machen wir auf den Rechtsruck aufmerksam, der sich auch auf Niedersachsen auswirkt.

Im Abschnitt Bildungsarbeit zeigen wir, dass wir gerne projektorientierter arbeiten möchten. Außerdem möchten wir unser umfangreiches Bildungsangebot evaluieren und prüfen, was wir besser machen können. Basismitglieder werden ermutigt, sich in die Bildungsarbeit (z.B. Seminarorganisation) einzubringen.

Als inhaltliche Schwerpunkte für das kommende Jahr haben wir Umweltpolitik, Antifaschismus und Innenpolitik erläutert.

Unter GJN-Strukturen machen wir unter anderem auf die angespannte finanzielle Lage aufmerksam.

Unter GJN nach außen betonen wir unsere Bündnisarbeit + dass wir gerne Methodenschulungen für Öffentlichkeitsarbeit anbieten möchten.

1 Politische Lage

2 Rechtsruck. Seit Jahren reden wir darüber, nun scheint sich dieser politisch zu
3 vollziehen. Weniger indem die Gesellschaft und Menschen nach Rechts rücken,
4 sondern eher, dass sich das politische System durch den autoritären Geist
5 wandelt, der durch Deutschland, Europa und die Welt zieht.

6 Im nächsten Jahr steht mit der Europawahl eine der wohl wichtigsten Wahlen seit
7 langem an. Neonazis und Neue Rechte wollen nicht mehr Europa verlassen, sie
8 wollen es übernehmen. Dieser politische Rechtsruck darf sich nicht weiter
9 vollziehen. Die Europawahl wird daher für uns die wichtigste politische Aufgabe
10 im nächsten Jahr darstellen. Wir wollen für unsere Vision eines grenzenlosen,
11 solidarischen und weltoffenen Europas streiten. Für uns wird daher der
12 Europawahlkampf kein reiner Abwehrkampf gegen Rechts, sondern bietet uns eine
13 zentrale Möglichkeit offensiv für eine bessere Welt einzustehen.

14 Den Kampf gegen den autoritären Wandel tragen wir aber auch hier in
15 Niedersachsen weiter aus. Mit dem geplanten niedersächsischen Polizeigesetz
16 (NPOG) droht uns eine enorme Grundrechtsbeschneidung. Es ist für uns ein großer
17 Erfolg, dass das Gesetz bereits in Teilen entschärft und immer weiter verschoben
18 wird. Das reicht uns aber nicht! Wir werden den Protest weiter auf die Straße
19 bringen und Menschen über die drohenden Einschränkungen informieren. Dafür
20 wollen wir mit Vorträgen, Diskussionen und Veranstaltungen in die Fläche und zu
21 den Ortsgruppe kommen. Ebenfalls werden wir die Arbeit im [#noNPOG-Bündnis](#) weiter
22 voran treiben - bis das Gesetz zurückgenommen wird!

23 Bildungsarbeit

24 Wir wollen als Grüne Jugend Niedersachsen Bildungsarbeit nicht nur für unsere
25 Mitglieder machen, sondern auch mit ihnen. Wir wollen, dass unsere Mitglieder an
26 Bildungsangeboten, speziell unseren Seminaren teilhaben können. Die
27 Bildungsangebote der Grünen Jugend Niedersachsen sollen uns und unsere
28 Interessen vertreten, wozu es breite Beteiligung und vielseitige
29 Einflussmöglichkeiten der Basis bei dessen Ausgestaltung braucht.

30 Dies ist und soll auch weiterhin dadurch möglich sein, dass man sich in einem
31 Seminar-Prepteam einbringt, also einer Gruppe Menschen, die das Konzept und die
32 Organisation des Seminars übernimmt. Hier kann sowohl an der organisatorischen,
33 als auch an der thematischen Ausgestaltung der Seminare und anderen
34 Bildungsangeboten mitgearbeitet werden.

35 Im vergangenen halben Jahr hatten wir zudem die Bestrebung, mehr
36 Bildungsprojekte in Landesarbeitskreise (LAKs) auszulagern. Jedoch mussten wir
37 feststellen, dass Arbeitskreise häufig wenig Kontinuität bieten und eher
38 projektbezogen arbeiten. Wir möchten weiterhin, dass LAKs fester Bestandteil
39 unserer Bildungsstrukturen sind, jedoch soll der Schwerpunkt weniger auf
40 Kontinuität, sondern viel mehr auf einzelnen Projekten liegen. Dies wird unseren
41 fluktuativen Mitgliedsstrukturen deutlich mehr gerecht und ist zudem
42 barriereärmer.

43 Uns ist wichtig, unser Bildungsangebot möglichst inklusiv zu gestalten. Nach
44 Möglichkeit sollen Tagungs- und Veranstaltungsorte barrierefrei sein, bei Bedarf
45 Kinderbetreuung geboten werden und möglichst einsteiger*innenfreundlich sein.
46 Auch sollen weiterhin Seminare den verschiedenen Bedürfnissen unserer Basis
47 entsprechen. Deshalb müssen sie über einen unterschiedlichen Zeitraum
48 stattfinden, sodass nicht nur dreitägige Seminare oder eintägige Seminare
49 stattfinden, sondern sich unterschiedliche Zeiträume abwechseln. Unser aktuelles
50 Seminarpensum (2x LMV, 2x LMV-VB-Seminar, 2x Genderseminar, 1x Gedenkseminar +
51 ggf. weitere Seminare, wie in diesem Jahr das Strukturseminar, Inklusionsseminar
52 und Seminar zu sexualisierter Gewalt) stellen uns vor allem in Hinsicht auf
53 personelle Ressourcen vor große Herausforderungen. Vor diesem Hintergrund müssen
54 wir unsere Bildungsarbeit evaluieren und darauf achten, dass Seminare nicht nur
55 von einzelnen Personen organisiert werden. Wir begrüßen und unterstützen es
56 ausdrücklich, wenn verschiedenste Personen aus dem Landesverband Angebote
57 initiieren und mitorganisieren.

58 In der Bildungsarbeit ist es uns wichtig, immer auch mit einer feministischen
59 Perspektive auf die Dinge zu blicken. Es soll aufgezeigt werden, dass
60 Genderungerechtigkeiten alle Lebensbereiche betreffen und im Hinblick auf FIT*-
61 Förderung sehen wir unsere Bildungsangebote immer auch als Möglichkeiten,
62 Frauen, Inter und Trans*Personen zu empowern.

63 Inhaltliche Schwerpunkte

64 Umweltgerechtigkeit

65 Innerhalb der neuen Landesregierung beobachten wir, dass die Landesregierung
66 unter CDU und SPD statt auf konsequenten Klimaschutz zu setzen, eine
67 Symbolpolitik ohne ernsthafte Fortschritte fährt. Es ist deutlich wie nie, dass
68 es ohne Grüne zu keiner Umweltgerechtigkeit kommt. Deshalb ist es für uns umso
69 wichtiger, sich aktiv in progressive Bündnisse einzubringen. Wir wollen daher im

70 nächsten Jahr den Protest gegen das geplante Kohlekraftwerk in Stade "Stade
71 gegen Kohle" stärker unterstützen.

72 Ein weiteres Beispiel verantwortungsloser Politik sehen wir im Hambacher Wald,
73 wo die Polizei derzeit die Politik des RWE Konzerns zu Gunsten zukünftiger
74 Generationen durchdrückt. Dagegen wollen wir uns auch weiterhin wehren und
75 wollen in den Hambacher Wald mobilisieren und mithilfe unserer
76 Öffentlichkeitsarbeit im Netz und auf der Straße darauf aufmerksam machen. Das
77 Aktionsbündnis „Ende Gelände“ unterstützen wir hierfür aktiv mit der
78 Veranstaltung von Mobilisierungs-Veranstaltungen in den Ortsgruppen und die
79 Organisation und Vermittlung von An- und Abreisemöglichkeiten. Hierbei streben
80 wir eine engere Zusammenarbeit mit umliegenden Landesverbänden an.

81 Antifaschismus

82 Chemnitz und Köthen sind Schlagwörter für den Rechtsruck in Deutschland und
83 Nazis, die grölend durch die Stadt ziehen und Menschen jagen. Doch auch in
84 Niedersachsen bleibt antifaschistische Arbeit von immenser Bedeutung, wie unser
85 Protest gegen den sogenannten „Tag der Deutschen Zukunft“ in Goslar dieses Jahr
86 gezeigt hat. Ob Angriffe auf autonome Jugendzentren, rechte Demos wie zuletzt
87 den sogenannten Tag der Patrioten in Hannover oder antisemitische und
88 antimuslimische AfD-Kampagnen unter dem Deckmantel des Tierschutzes. Wir müssen
89 uns organisieren im Kampf gegen Nazis!

90 Weiterhin braucht es dafür eine gute Öffentlichkeitsarbeit, die früh
91 Gegenkundgebungen organisiert und ankündigt. Die AfD und ihre Jugendorganisation
92 ‚Junge Alternative‘ sind dabei besondere Keimzellen rechten Gedankenguts. Um
93 gegen sie zu wirken, unterstützt die Grüne Jugend Niedersachsen Widerstand gegen
94 die Parteitage, Demos und Aktionen der AfD. Dabei werden wir uns weder von einer
95 möglichen Auflösung der JA-Niedersachsen, noch von einer möglichen Überwachung
96 durch den Verfassungsschutz blenden lassen. Wir kämpfen dafür, Nazistrukturen zu
97 enttarnen und zu zerschlagen!

98 Innenpolitik

99 Das von der Landesregierung eingebrachte und freiheitsfeindliche Polizeigesetz
100 NPOG soll trotz wachsendem Protest und dem [#NoNPOG](#) Bündnis aus über 120
101 bestehenden Organisationen weiterhin durchgeboxt werden. Für uns ist klar, dass
102 auch keine kleinteiligen Veränderungen des Gesetzes eine Zustimmung für uns
103 möglich machen. Wir brauchen keinen Überwachungsstaat, sondern einen, der unsere
104 Grund- und Freiheitsrechte wahrt. Deshalb werden wir auch weiterhin gegen das
105 Gesetz mobilisieren, auf die Straße gehen und den Protest mitgestalten. Für uns
106 gibt es keine andere Option als das Gesetz zurückzunehmen. Diese Positionen
107 werden wir inhaltlich auch gegenüber der Partei vertreten und fordern.

108 GJN Strukturen

109 Finanzen

110 Durch die Wahlniederlage der Grünen Partei in Niedersachsen im letzten Jahr und
111 die dadurch verringerten Einnahmen aus Mandatsträger*innen-Abgaben muss die
112 Partei einige Einsparungen vornehmen, von denen auch wir als GJN betroffen sind.
113 Diese Defizite konnten wir zwar mithilfe von einigen projektbezogenen
114 Spendensammelaktionen (z.B. für den GJN-Chemnitz-Bus) einigermaßen ausgleichen,
115 jedoch stellt uns das Thema immer wieder vor große Herausforderungen. Die

116 Entscheidung, den Nachwuchs weniger zu fördern, beurteilen wir hinsichtlich der
117 anstehenden Wahlkämpfe und der aktuellen politischen Entwicklung als fatal. Wir
118 werden uns deshalb auch im kommenden Jahr dafür einsetzen, eine angemessene,
119 deutlich höhere finanzielle Unterstützung durch den Grünen Landesverband zu
120 erhalten.

121 Wie im letzten Arbeitsprogramm vorgenommen, haben wir eine Evaluation des
122 Pat*innenprogramms der Grünen Jugend angestoßen. Leider dauert dieser Prozess
123 immer noch an. Sollte sich keine Mehrheit für eine zeitnahe solidarische Reform
124 dieses Programms finden, werden wir die Konzeptionierung eines eigenen
125 Pat*innenprogramms ins Auge fassen.

126 Trotz aller finanziellen Probleme ist es uns wichtig, Ortsgruppen in ihrer
127 Arbeit unterstützen zu können. Der bereits vorhandene Soli-Topf soll stärker
128 beworben werden, damit nicht nur ‚große‘ Ortsgruppen die Möglichkeit der
129 finanziellen Förderung in Anspruch nehmen. Auch soll der*die Schatzmeister*in
130 als Ansprechperson für Ortsgruppen dienen, um gemeinsam weitere (Ko-
131)Finanzierungsmöglichkeiten zu erläutern.

132 Verbandsentwicklung

133 In den letzten Monaten wurde ein Strukturprozess gestartet. Wir wollen uns
134 weiter selbst hinterfragen und schauen, wie wir unsere Strukturen verbessern
135 können. Dabei ist es uns besonders wichtig, die Basis in den Prozess
136 einzubinden. Wir wollen alle Mitglieder stärker an den Entscheidungen des
137 Verbandes teilhaben lassen. Dazu gab es in den letzten Monaten das erste
138 Struktureseminar, bei dem die Basis die Möglichkeit bekommen hat, mit
139 Landesvorstandsmitgliedern offen über bestehende Probleme zu sprechen. Mit den
140 gesammelten Ideen und Änderungsvorschlägen arbeiten wir parallel zum
141 bundesweiten Perspektivenprozess an unseren Strukturen weiter. Dazu gibt es
142 bereits erste Schritte in Richtung Neuerungen, wie die Überlegungen für eine
143 übersichtlichere Antragsstruktur und die Verwendung einfacher Sprache. Unser
144 Ziel ist es, dem Anspruch, ein offener, feministischer, inklusiver Verband zu
145 sein, gerecht zu werden.

146 Ortsgruppenvernetzung

147 Wir sind uns bewusst, dass das Thema Ortsgruppenvernetzung in der Vergangenheit
148 deutlich zu kurz gekommen ist. Im kommenden Jahr möchten wir vor allem kleinere
149 Ortsgruppen in den Fokus nehmen und gemeinsam mit ihnen Ideen entwickeln zur
150 besseren Vernetzung mit anderen Ortsgruppen und dem Landesvorstand. Wir
151 ermutigen alle Ortsgruppen dazu, die Initiative zu ergreifen und den Kontakt zu
152 anderen Ortsgruppen zu suchen. Bei der Planung von möglichen Vernetzungstreffen
153 oder ähnlichem steht der Landesvorstand unterstützend zur Verfügung.

154 GJ nach Außen

155 Bündnisarbeit

156 Das von der GJN initiierte NoNPOG-Bündnis gegen das geplante Niedersächsische
157 Polizei- und Ordnungsbehördengesetz hat gezeigt: Die GJN kann treibende Kraft in
158 der Bündnisarbeit sein. Egal ob linksradikale Gruppen, Gewerkschaften,
159 Bürger*inneninitiativen oder auch Fangruppierungen - durch diese Bündnisarbeit
160 konnten und können wir eine Vielzahl an Kontakten knüpfen, um auch in Zukunft
161 unsere gemeinsamen Anliegen öffentlichkeitswirksam auf die Straße zu bringen.

162 Durch unsere Rolle als parteinahe Jugendorganisation ist es uns gelungen, dank
163 einer engen Zusammenarbeit mit der Grünen Landtagsfraktion die Debatte in den
164 Landtag einzubringen.

165 Die Erfahrungen und Kontakte aus dieser Bündnisarbeit sehen wir als klare
166 Chance. Es macht deutlich, wie wichtig die Zusammenarbeit mit anderen
167 Organisationen ist. Auch in Zukunft streben wir aktionistische Bündnisse an, in
168 der die GJN genau diese Verbindungsfunktion zwischen den verschiedenen
169 Organisationen haben kann.

170 Während diese Bündnisarbeit als positiv zu bewerten ist, sehen wir noch ein
171 deutliches Potenzial in der besseren Zusammenarbeit mit anderen GJ-
172 Landesverbänden, sowohl in Hinblick auf thematische Bündnisse, als auch einen
173 generellen Erfahrungsaustausch. Bestrebungen zur besseren Vernetzung begrüßen
174 wir ausdrücklich und versuchen wir zu unterstützen.

175 Öffentlichkeitsarbeit

176 Um unsere Öffentlichkeitsarbeit zu verbessern, soll in Zukunft Social Media
177 Arbeit noch kontinuierlicher und professioneller stattfinden. Hier könnte vor
178 allem auch eine verbesserte Bildungsarbeit für die Strukturen der GJN
179 (Geschäftsstelle, Landesvorstand, Igel-Redax, LAKen, Ortsgruppen) bewähren. Es
180 soll mindestens ein Methodenseminar zu diesem Schwerpunkt stattfinden. Außerdem
181 möchten wir unsere Website deutlich überarbeiten, um diese nicht nur inklusiver
182 zu gestalten, sondern dort auch mehr Hilfestellungen für Ortsgruppen und
183 sonstige Infos zur Verfügung zu stellen

V4 Genderneutrale Erziehung

Antragsteller*in: Marc Fleischmann, Selina Schäfer

Tagesordnungspunkt: 9. V-Anträge

1 Mädchen und Junge oder doch lieber Kind?

2 Jungs sind laut, mögen blau und spielen mit Autos. Mädchen dagegen sind
3 schüchtern, tragen rosa Kleidchen und spielen mit Puppen. Aber wollen wir
4 wirklich bei diesem Weltbild bleiben? Wäre es nicht viel schöner, zu sagen, dass
5 Kinder mit dem spielen, was ihnen Spaß macht?

6 Es gibt verschiedene Konzepte, wie genderneutrale Erziehung umgesetzt werden
7 kann. Ein interessantes Beispiel ist die "Egalia"-Vorschule in Schweden, in der
8 das neutrale Pronomen "hen" verwendet wird und den Kindern bewusst weitere
9 Lebenskonzepte neben der traditionellen Familie vermittelt werden.

10 In unserer Gesellschaft sind immer noch viele Geschlechterklischees
11 vorherrschend. Wo könnte man diesem Schubladendenken besser entgegenwirken als
12 bereits im Kindesalter? Jedes Kind sollte alle Möglichkeiten haben. Daher muss
13 jedes Kind in öffentlichen Einrichtungen unabhängig seines Geschlechts gleich
14 behandelt werden. Außerdem sollte hierbei weiterhin verstärkt darauf geachtet
15 werden, den Kindern nicht nur das klassische Lebenskonzept der traditionellen
16 Familie zu vermitteln, sondern auch alternative Lebenskonzepte, wie
17 beispielsweise homosexuelle Partnerschaften vorzustellen. Es kann nicht sein,
18 dass einem Kind schon im Grundschulalter bestimmte Verhaltensweisen und
19 Vorurteile als obligatorisch vermittelt werden.

20 Selbstverständlich möchten wir uns damit nicht in das Privatleben einzelner
21 Familien einmischen, sondern lediglich Anregungen schaffen, damit das Kind sich
22 individuell so entwickeln kann, wie es möchte und nicht wie stereotypisierte
23 Geschlechterrollen es vorschreiben. Daher setzen wir zum einen auf
24 Weiterbildungsangebote für werdende und seiende Eltern, sodass sich diese über
25 die Möglichkeit der genderneutralen Erziehung informieren können. Zum anderen
26 sollten auch Eltern gefördert werden, die genderneutrale Erziehung bereits
27 praktizieren, besonders da sie trotz ihres Engagements, ihre Kinder
28 genderneutral zu erziehen, auf sehr viel Gegenwind und wenig Akzeptanz in der
29 Gesellschaft stoßen.

30 Es ist noch immer viel zu normal, dass Mädchen rosa Spielzeug bekommen und
31 Jungen blaues, ein Besuch in einem Spielzeugladen belegt dies. Dem soll
32 entgegengewirkt werden, sodass kein Kind durch die Zwänge der Gesellschaft in
33 seiner persönlichen Entwicklung beeinträchtigt wird. Wenn ein Junge gerne mit
34 Puppen spielt, sollte es genauso akzeptiert werden, wie wenn ein Mädchen gerne
35 Bagger auf dem Spielplatz fahren möchte. So können veraltete
36 Geschlechterklischees endlich nachhaltig überwunden werden.

37 Deswegen fordern wir eine genderneutrale Erziehung für Kinder in öffentlichen
38 Einrichtungen und mehr Akzeptanz in der Gesellschaft gegenüber
39 antistereotypischem Verhalten.

Begründung

Erfolgt mündlich.

V5 Die Rote Hilfe aufbauen!

Gremium: GJ Göttingen
Beschlussdatum: 03.10.2018
Tagesordnungspunkt: 9. V-Anträge

- 1 Die GRÜNE JUGEND Niedersachsen positioniert sich eindeutig gegen die
- 2 Kriminalisierung der „Roten Hilfe“, z. B. durch die Nennung in den
- 3 Verfassungsschutzberichten der Länder und des Bundes und fordert die
- 4 sofortige Beendigung jeglicher Beobachtung und Überwachung durch
- 5 staatliche Organe. Des Weiteren erkennt die GJN die Wichtigkeit der
- 6 Roten Hilfe für alle emanzipatorischen Kämpfe, z. B. gegen Rassismus,
- 7 Faschismus, Sexismus, Nationalismus, Kapitalismus und Umweltzerstörung,
- 8 an, und ruft zur Unterstützung der linken Solidaritäts- und
- 9 Hilfsorganisation, z. B. durch Spenden, auf. Die GJN solidarisiert sich
- 10 mit allen, die sich auf Grund ihrer Mitgliedschaft in der Roten Hilfe
- 11 Hetzkampagnen, Berufsverboten etc. ausgesetzt sehen und ruft ihre
- 12 Mitglieder zum Eintritt in die Rote Hilfe auf.

V6 Nein zur neuen Influencer-Polizei - Scharfe und transparente Richtlinien schaffen

Antragsteller*in: Bela Mittelstädt, Anna Kraeft, Mariel Reichard

Tagesordnungspunkt: 9. V-Anträge

Zusammenfassung

Die Polizei setzt immer mehr Social-Media ein. Dabei wird auch oft Falsches verbreitet. Medien vertrauen oft der Polizei. So kommen falsche Nachrichten über Kriminalität in die Öffentlichkeit. Es gibt bisher kaum Regeln für die Polizei im Internet. Das ist ein Problem. Es gefährdet Grundrechte.

Die GJ fordert deshalb: Regeln für ganz Deutschland oder Niedersachsen. Jeder muss diese Regeln lesen können. Gesetze müssen auch auf Social-Media umgesetzt werden.

1 Social-Media kann heute ein gutes Mittel für den Staat sein, Bürger*innen zu
2 erreichen und Transparenz in seinem Handeln herzustellen. Ein Tweet kann bei
3 Vermisstenanzeigen, Zeugenaufrufen und in Ausnahmesituationen auch für Polizei
4 und anderen Sicherheitsbehörden sinnvoll sein.

5 Nichtsdestotrotz kam es in den letzten Jahren vermehrt zu problematischen und
6 oft falschen Äußerungen auf Social-Media-Kanälen der Polizei. Etwa wenn
7 Beamt*innen direkt am Konflikt beteiligt waren, wie während Demonstrationen.
8 Dies kann sich auch auf Grundrechte wie Versammlungsfreiheit negativ auswirken,
9 wenn zum Beispiel Falschmeldungen über Demonstrationsgeschehen verbreitet wird.
10 So twitterte die Polizei Oberbayern-Süd während der Gegendemonstration zum G7-
11 Gipfel in Garmisch-Partenkirchen als Erklärung zum Einsatz von Pfefferspray und
12 Schlagstöcken: "Polizisten mit Fahnenstange angegriffen und mit benzingefüllter
13 Flasche beworfen. Deshalb Pfefferspray- und Schlagstockeinsatz."

14 Einige Stunden später und nachdem sich herausgestellt hatte, dass der Inhalt der
15 Flaschen nicht brennbar war, folgte erst die Richtigstellung - die Nachricht war
16 da aber bereits in der Welt. Die Glaubwürdigkeit von Polizeibehörden in der
17 öffentlichen Wahrnehmung ist immens.

18 Meldungen über unter Strom stehende Türknäufe in linken Zentren und über die
19 Nationalität von vermeintlichen Straftäter*innen werden häufig unhinterfragt von
20 Journalist*innen übernommen. Damit lässt sich die öffentliche Debatte über
21 Sicherheit und über Polizeiarbeit maßgeblich mitbestimmen.

22 Zudem ist das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit gefährdet, wenn
23 Demonstrierende von staatlicher Seite dämonisiert und falsch dargestellt werden.
24 Das schreckt ab und verhindert die Teilnahme von Menschen, die sich von dieser
25 Darstellung leiten lassen. In anderen Fällen wurde berichtet, dass Kritik
26 gegenüber Polizist*innen zu Zensur und der Blockade einzelner Nutzer*innen
27 führte. Dies alles zeigt auch: Die Polizei ist ein politischer Akteur und setzt
28 Social-Media auch im Sinne ihrer Politik ein.

29 Social-Media Arbeit bei Polizeieinsätzen geschieht häufig unter hohem Zeitdruck
30 und öffnet Tür und Tor für Spekulationen, falsche Verdächtigungen,
31 Diskriminierung und der Willkür von einzelnen Beamt*innen. Datenschutz,
32 Sachlichkeit und Sorgfalt bleiben dabei auf der Strecke.

33 Landesweite oder bundesweite transparente Richtlinien oder Urteile, die eine
34 Grundlage für das Social-Media Verhalten der Polizei sind, gibt es bisher nicht.

35 Jede Polizeidirektion kocht bisher ihr eigenes Süppchen oder hat gar überhaupt
36 kein Konzept.

37 Die Grüne Jugend Niedersachsen fordert daher:

- 38 • Landes- oder bundesweite Richtlinien, in denen festgelegt ist, was die
39 Polizei darf, ab wann sie Grenzen überschreitet und was der Zweck
40 polizeilicher Social-Media-Arbeit ist. Die Richtlinien können eine
41 Grundlage für den Anfang einer notwendigen gesellschaftlichen Debatte
42 sein, gleichzeitig, aber auch Diskriminierung sowie Falschmeldungen und
43 ihren Konsequenzen vorbeugen. Diese Richtlinien müssen transparent sein.
44 Entscheidungen müssen nachvollziehbar gemacht werden. Verstöße müssen
45 konsequent und spürbar geahndet werden.
- 46 • Die Unschuldsvermutung gilt auch im Netz: Verdächtigungen, Spekulationen
47 und die frühzeitige Festlegung durch staatliche Akteure auf eine*n
48 Täter*in oder eine Bevölkerungsgruppe sind gefährlich und müssen
49 verhindert werden.
- 50 • Falschmeldungen durch Behörden müssen mit mindestens dem gleichen Aufwand,
51 wie ihre Verbreitung erfolgte, wieder dementiert und richtiggestellt
52 werden.
- 53 • Twittern und Posten direkt aus dem Einsatzgeschehen gehört soweit es geht
54 zurückgefahren. Sorgfalt muss vor Schnelligkeit gelten.
- 55 • Bei staatlichen Behörden gilt das Gebot der Informationsfreiheit. Es
56 dürfen keine Informationen veröffentlicht sein, die nur auf kommerziellen
57 Netzwerken wie Twitter oder Facebook sichtbar sind.
- 58 • Datenschutzregeln, die für die Polizei auch sonst gelten, sind in sozialen
59 Netzwerken einzuhalten. Unverpixelte Fotos von Demonstrant*innen oder
60 Unfallopfern gehören nicht durch die Polizei veröffentlicht.
- 61 • Eine unabhängige Beschwerdestelle für die Polizei mit eigenen
62 Ermittlungsbefugnissen, um Vorwürfen konsequent nachgehen zu können.

Begründung

Im Text enthalten.

Inspiration:

<https://netzpolitik.org/tag/so-tweetert-die-polizei/>

<http://www.taz.de/!5216993/>

V7 Verbot von Separatorenfleisch

Antragsteller*in: Nico Söhnel

Tagesordnungspunkt: 9. V-Anträge

1 Ein Verbot von Separatorenfleisch bzw. „Knochenputz“:

2

3 Dieses wird in der Lebensmittelindustrie zum Punschen von Fleisch – und
4 Wurstwaren verwendet,

5

6 Beim Separatorenfleisch handelt es sich um vom Knochen gelöste Fleischteile und
7 Schlachtabfälle, die Lebensmittelrechtlich nicht mehr als Muskelfleisch
8 bezeichnet werden dürfen.

9

10 Es gibt bereits ein Verbot einiger Sorten Separatorenfleisches in großen Teilen
11 der EU allerdings sind noch viele erlaubt, die sowohl bei Nutz- und Zuchttieren
12 als auch beim Menschen nach Verzehr schwere Krankheiten hervorrufen können.

13

14 Des weiteren wird mehr Verbraucherschutz benötigt, dieser kann nur erreicht
15 werden, wenn eine Kontrolle direkt beim Produzenten stattfindet und die
16 Kennzeichnungspflicht weiter verschärft wird. Aktuell werden Produkte aus
17 Schlachtblut genutzt, um große Teile an Wasser im Endprodukt vor
18 Qualitätsprüfungen zu verstecken, dies muss ebenfalls verhindert werden.

19

20 Deshalb fordert die GJN: Ein Verbot der Nutzung von Separatorenfleisch bei der
21 Herstellung von Fleisch -, Wurstwaren und Futtermitteln, sowie eine Verschärfung
22 der Kennzeichnungspflicht, als auch ein Verbot der Kennzeichnung von gespaltenen
23 Eiweißketten aus Schlachtblut zur Bindung von Wasser in Fleisch -, Wurstwaren
24 und bei der Futtermittelproduktion, als natürliches Aroma, des weiteren fordern
25 wir eine Erhöhung der staatlichen Prüfungen bei den Herstellern und eine
26 verstärkte Kontrolle von externen Prüfstellen.

Begründung

Erfolgt mündlich

V8 Vergünstigungen für alle

Antragsteller*in: Svenja Schierholz, Marc Fleischmann

Tagesordnungspunkt: 9. V-Anträge

1 In einer Gesellschaft sollten die gleichen Grundvoraussetzungen für alle
2 geschaffen werden. Deshalb fordert die GRÜNE JUGEND Niedersachsen eine
3 Angleichung des Umfangs der Fördermaßnahmen für Auszubildende und Schüler*innen
4 an die für Studierende.

5 Die GRÜNE JUGEND Niedersachsen fordert eine kostenlose Beförderung von allen
6 Schüler*innen und Auszubildenden mit dem ÖPNV zur Schule bzw. zum
7 Ausbildungsbetrieb. Für viele Schüler*innen und Auszubildende, gerade aus dem
8 ländlichen Raum, ist dieser Weg eine große finanzielle Belastung. Dies führt
9 dazu, dass der Geldbeutel der Eltern entscheidet, ob jemand die Berufsschule in
10 der Nachbarstadt besuchen kann, um eine Ausbildung zu machen, die in seiner
11 Stadt nicht angeboten wird. Bei Schüler*innen ist die Situation ähnlich, es gibt
12 gerade in der Oberstufe viele Möglichkeiten für Schüler*innen, ihren Lebensweg
13 zu gestalten. Doch beispielsweise Berufliche Gymnasien, Waldorfschulen oder
14 Schulen mit bilingualer oder fachspezifischer Ausrichtung gibt es nicht in jeder
15 Stadt, sodass die Schüler*innen oftmals gezwungen sind, viele Kilometer mit dem
16 Bus oder Zug zu ihrer Schule zu fahren. Dies können sie allerdings nur, wenn
17 ihre Eltern das Geld haben, ihnen die Fahrtkosten zur Schule zu bezahlen.

18 Während Studierende mit ihrem Semesterticket häufig durch ganz Niedersachsen
19 reisen können, sind Schüler*innen und Auszubildende mit ihren Fahrkarten an
20 bestimmte Strecken gebunden, obwohl sie für ihre Tickets oft mehr pro Monat
21 bezahlen als Studierende für ein halbes Jahr. Damit Bildung nicht von den
22 finanziellen Möglichkeiten der Eltern abhängt, fordert die GRÜNE JUGEND
23 Niedersachsen die Abschaffung dieser Barriere.

24 Viele Vergünstigungen werden als Teil des Alltags von Studierenden nicht immer
25 bewusst als solche wahrgenommen: es gibt Menschen, in denen Studierende aufgrund
26 von Subventionen für 40 Cent eine Tomatensuppe samt Brotbeilage bekommen,
27 wohingegen in kleinen Ausbildungsbetrieben im Außengebiet teilweise keine andere
28 Gelegenheit besteht, als sich selbst etwas mitzubringen.

29 Tatsächlich sind die durchschnittlichen Ausgaben der öffentlichen Hand je
30 Student*in allein für die Hochschulen höher als für andere
31 Bildungsteilnehmer*innen: Laut dem Bildungsfinanzbericht 2017 haben sie in 2014
32 unter Einbezug ausschließlich der Aufwendungen für Lehre 7.500 Euro, unter
33 Einbezug auch der Forschungsaufwendungen sogar 13.500 Euro je Student*in
34 betragen. Die Ausgaben je Schüler*in im Mittel aller Schulformen haben sich
35 jedoch nur auf 6.700 Euro belaufen, die Ausgaben im Zusammenhang mit
36 Auszubildenden im dualen System für Berufsschulen sogar nur auf 2.900 Euro je
37 Kopf. Dabei sind all die Vergünstigungen wie BAFöG, sehr günstige
38 Semestertickets und verbilligtes Mensaessen noch gar nicht miteingerechnet.

39 Darüber hinaus gilt noch immer: Studierende stammen tendenziell aus finanziell
40 besseren Verhältnissen und verdienen im Laufe ihres Lebens durchschnittlich
41 weitaus mehr als Personen ohne Studienabschluss. Auch die Dauer bis zum Ende
42 einer akademischen Laufbahn ist regelmäßig länger als die einer anderweitigen
43 Berufsausbildung.

44 Ist es unter diesen Umständen gerecht, dass Auszubildende selbst während der
45 Dauer ihrer Berufsausbildung nicht im gleichen Maße gefördert werden wie
46 Studierende? Sollte nicht das Bildungsangebot, das der/dem Einzelne*n zur
47 Verfügung steht, unabhängig vom eingeschlagenen Berufs- und Bildungsweg sein?

48 An regulären Universitäten und Fachhochschulen finden Studierende ein Angebot
49 vor, das weit über die Vorbereitung auf eine konkrete spätere Berufstätigkeit
50 hinausgeht. Dort sind die Gelegenheiten, sich in der vielfältigsten Weise zu
51 bilden, durch eine weite Auswahl an Veranstaltungen an jedem Tag - teils durch
52 die Institutionen selbst, teils durch außeruniversitäre Einrichtungen, teils
53 durch engagierte Gruppen aus der Studierendenschaft heraus - zuweilen kaum
54 überschaubar. Denjenigen, die sich in einem typischen dualen Ausbildungsgang
55 befinden, stehen hingegen weitaus weniger Möglichkeiten zur Verfügung.

56 Programme wie Erasmus+ können darauf hinwirken, dass z.B. Auslandsaufenthalte,
57 wie sie für viele Studierende selbstverständlich zum Studium dazugehören, auch
58 für immer mehr junge Menschen eines Ausbildungsjahrganges Teil des Bildungsweges
59 werden. Es bestehen also bereits Möglichkeiten für diejenigen, die einen anderen
60 Weg als einen akademischen einschlagen, die in den letzten Jahren immer mehr in
61 Anspruch genommen worden sind. Doch das sollte noch viel weiter reichen! Es
62 genügt nicht nur, theoretische Angebote zur Verfügung zu stellen, vielmehr
63 sollten sie gerade denjenigen gegenüber, die nicht so vertraut mit solchen sind,
64 aktiv bekannt gemacht und empfohlen werden.

65 Bildung ist mehr als nur die Vermittlung von Wissen. Sie ist Grundlage eines
66 argumentativen und offenen Diskurses und als solche nicht nur individuell,
67 sondern auch gesamtgesellschaftlich von höchstem Wert. Denn zu einer
68 funktionierenden und lebendigen Demokratie bedarf es der Partizipation möglichst
69 vieler Menschen, die sich mit unterschiedlichen Lebenshintergründen und aus
70 unterschiedlichen Blickwinkeln einbringen und zugleich bereit sind, auch die
71 Erfahrungen und Perspektiven anderer zu berücksichtigen.

72 In den vergangenen Jahren ist immer wieder der Ruf nach Fachkräften auch ohne
73 akademischen Bildungsabschluss, sondern mit fundierten in Betrieben erworbenen
74 Kenntnissen und Fertigkeiten aufgekommen. Dabei ist beklagt worden, dass sich zu
75 viele Abiturient*innen für ein Studium entschließen, ohne eine Ausbildung auch
76 nur in Erwägung zu ziehen.

77 Wenn aber ein Studium schon abgesehen von den beruflichen Aussichten wegen all
78 der Möglichkeiten, die es für die persönliche Entfaltung bietet, wesentlich
79 attraktiver ist, wird sich das nicht ändern - außer auch im Rahmen des dualen
80 Ausbildungssystems werden mehr solche Möglichkeiten angegliedert.

81 Daher schlägt die GRÜNE JUGEND Niedersachsen vor, auch während eines
82 Ausbildungsganges Angebote zu schaffen, die völlig unabhängig von der jeweiligen
83 Berufsrichtung nebenher besucht werden können, und in den Berufsschulen diese
84 deutlich zu bewerben. Vergleichbare Angebote gibt es bereits mit den
85 Wahlseminaren, die im Rahmen eines Freiwilligendienstes absolviert werden
86 können. Abweichend von der Konzeption von Seminaren im Rahmen von freiwilligen
87 Jahren sollten diese jedoch einerseits ausschließlich auf freiwilliger Basis und
88 andererseits mit kürzerer Dauer über Wochenenden stattfinden, sodass sie die
89 Zeiten der beruflichen Ausbildung nicht verringern, sondern nur ergänzend zur
90 Seite stehen. So würde auch für Auszubildende eine naheliegende Möglichkeit

91 geschaffen, die Vorbereitung auf den Beruf mit einer ganzheitlicheren und
92 individuelleren Bildung zu verbinden.

93 Über die parteinahen Stiftungen wie beispielsweise die Heinrich-Böll-Stiftung
94 werden jedes Jahr tausende Studierende und Promovierende mit Stipendien
95 gefördert. Diese bieten nicht nur einen finanziellen Zuschuss, sondern darüber
96 hinaus insbesondere eine Plattform zur Vernetzung mit anderen engagierten
97 Stipendiat*innen sowie die Teilnahmemöglichkeit an vielfältigen Workshops und
98 Seminaren. Überwiegend werden durch derartige Stipendien diejenigen weiter
99 begünstigt, die sich einerseits in hohem Maße zugunsten der Gesellschaft
100 einbringen, andererseits einhergehend jedoch bereits über einen sehr guten
101 Zugang zu Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe und nicht-fachspezifischer
102 Bildungsangebote verfügen. Warum aber beziehen diese Stipendienprogramme keine
103 Auszubildende ein, wenn diese mit exzellenten Noten sowie gesellschaftlichem
104 Engagement die gleichen Voraussetzungen wie die geförderten Studierenden
105 erfüllen?

106 Die GRÜNE JUGEND Niedersachsen fordert eine Ausweitung von derartigen
107 Programmen, die weniger auf eine monetäre Unterstützung als vielmehr auf eine
108 Förderung der persönlichen Entwicklung abzielen, auch auf Menschen, die sich in
109 der Berufsausbildung befinden - und zwar nicht durch die Implementierung neuer
110 selbständiger Förderprogramme, sondern durch die Integration der Auszubildenden
111 in bestehende. Denn ist die Bereicherung nicht für alle umso größer, umso
112 vielfältiger die Zusammensetzung der Teilnehmer*innen ist und umso weiter der
113 gesellschaftliche Kreis, in dem eine Vernetzung erfolgt?

Begründung

Erfolgt mündlich.

V9 Ein Gespenst für Europa – die europäische Republik als linke Antwort auf den Rechtsruck

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 09.10.2018
Tagesordnungspunkt: 9. V-Anträge

Zusammenfassung

Europa ist und bleibt in der Krise. Die GRÜNE JUGEND Niedersachsen fordert verschiedene Maßnahmen in der Migrationpolitik (zB sichere Fluchtwege), Sozialpolitik (zB eine europäische Sozialversicherung) und der Wirtschaftspolitik (zB Verbot von Menschenrechtsverletzung in Lieferketten). Der Antrag hat vor allem das Ziel dadurch eine europäische Republik zu schaffen.

- 1 Die EU und Europa scheinen von einer Krise in die nächste zu rutschen.
- 2 Schuldenkrise, Finanzmarktkrise, Eurokrise, Wirtschaftskrise, Griechenlandkrise,
- 3 Ukraine Krise, Terrorkrise, Humanitätskrise, Rechtsruckkrise. Doch sind das alles
- 4 wirklich Krisen? Vielmehr liegt die allen zugrunde liegende Krise doch in der
- 5 Beschaffenheit der EU. Diese kommt als technokratischer, bürger*innenferner und
- 6 undemokratischer Bürokratiekoloss daher. Die Krisenhaftigkeit der EU, so müssen
- 7 wir heute feststellen, liegt an der institutionellen Trilogie aus Europäischem
- 8 Rat, Parlament und EU-Kommission, die allesamt zu unserer aller Unzufriedenheit
- 9 mit den Herausforderungen der letzten Jahre umgehen. Es ist also vor Allem eine
- 10 Demokratiekrise, die der EU und Europa die progressive Kraft nimmt. Die
- 11 Herausforderung ist es, diese strukturellen Mängel zu beseitigen und die EU
- 12 radikal zu reformieren. Hierfür stellt sich die GRÜNE JUGEND Niedersachsen
- 13 hinter die Idee einer europäischen Republik. Nur so kann auch die Idee eines
- 14 Europa der Regionen statt der Nationalstaaten erfolgreich umgesetzt werden.

- 15 Als Sofortmaßnahmen gegen die Demokratiekrise der EU fordert die GRÜNE JUGEND
- 16 Niedersachsen eine Reform der Europäischen Kommission sowie die gleichzeitige
- 17 Stärkung des Europäischen Parlaments durch die Schaffung des Initiativrechts.
- 18 Das Parlament muss das Herzstück der europäischen Demokratie werden und muss
- 19 daher die Möglichkeit haben, selbst Gesetzesinitiativen einzubringen.

- 20 Ferris not Frontex - für ein weltoffenes und menschenwürdiges Europa

- 21 Wer EU-Bürger*in ist, der*die hat die Möglichkeit sich in allen Mitgliedstaaten
- 22 Arbeit zu suchen, ein Zuhause aufzubauen und kann sich ohne Beschränkungen in
- 23 der EU bewegen. Menschen, die fliehen und laut Pass keine Bürger*innen der EU
- 24 sind haben keine Möglichkeit in angemessenen Verfahren in den EU-Ländern
- 25 aufgenommen zu werden. Vor allem ihre Flucht ist unsicher und gefährlich.
- 26 Besonders, weil die EU die Flucht gefährlich macht. Durch den politischen Willen
- 27 der EU-Politiker*innen gelangen „Entwicklungsgelder“ in (Nord-)Afrikanische
- 28 Länder wie Niger, Marokko und Libyen, die genutzt werden, um fliehende Menschen
- 29 aufzuhalten, zu misshandeln oder zu töten. Die EU ist hierfür direkt
- 30 mitverantwortlich. Zusätzlich gibt es internationale Seerechtsabkommen und
- 31 einfache moralische Grundsätze der EU, die die Rettung von fliehenden Menschen
- 32 auf dem Mittelmeer voraussetzen. Allein, weil jeder Mensch das Recht auf Leben
- 33 und andere Menschenrechte hat, müsste die EU im Mittelmeer Rettungsaktionen
- 34 durchführen, die genau dieses Recht schützen. Diese Rettungsaktionen gibt es
- 35 aber nicht. Im Gegenteil, Initiativen, die sich bereit erklären Menschen zu
- 36 retten, kommen vor Gericht, weil sie Menschenleben retten. Ihnen wird verboten
- 37 weiterhin die Pflichten zu erfüllen, die die EU nicht leisten kann, nämlich

38 Menschen vor dem Tod zu bewahren. Die EU hat durch ihren Umgang mit Migration
39 vollkommen versagt in der Wahrung ihrer Werte.

40 Dem setzen wir unsere Forderungen für ein humanitäres und weltoffenes Europa
41 entgegen.

42 • Die GRÜNE JUGEND Niedersachsen fordert die Abschaffung der europäischen
43 Grenzschutzagentur Frontex und ein Ende des Sterbens an den europäischen
44 Außengrenzen.

45 • Wir fordern auch die strukturelle Abschaffung der europäischen
46 Binnengrenzen und ein Ende der tödlichen Abschottungspolitik.

47 • Dazu braucht es auch sichere Fluchtwege! Die EU muss
48 Seenotrettungsaktionen neu ins Leben rufen. Außerdem muss sie sichere
49 Fluchtkorridore schaffen, die es allen Menschen in der gesamten EU
50 ermöglicht Asyl zu finden. Ein solidarisches Europa muss für alle Menschen
51 da sein und kann sich nur als antifaschistisches und antirassistisches
52 Europa verstehen.

53 2019 wird eine Richtungsentscheidung

54 Die Europaparlamentswahl 2019 wird voraussichtlich die erste Wahl nach dem
55 Brexit, dem Austritt des Vereinigten Königreiches aus der EU sein. Der Erfolg
56 von Rechtspopulist*innen in Europa nimmt eine unvergleichliche Dimension an.
57 Überall in Europa sind rechte Parteien so stark wie nie. In Österreich regiert
58 die rechtsextreme FPÖ zusammen mit der konservativen ÖVP, in Italien hetzt der
59 Innenminister und Vize-Ministerpräsident Matteo Salvini, Mitglied der
60 rechtsextremen Partei Lega, gegen Geflüchtete und verhindert aktiv deren
61 Rettung. In Polen regiert die PiS-Partei antifeministisch und reaktionär durch
62 und verhängt hohe Strafen auf Abtreibungen. In Frankreich und Deutschland nehmen
63 antisemitische und fremdenfeindliche Übergriffe zu, die Gewalt gegen
64 Migrant*innen und LSBTIQA*-Personen steigt. Autoritäre Regime wie die Regierung
65 von Victor Orban in Ungarn werden von der CSU hofiert, die CDU in Sachsen
66 schließt eine Koalition mit der AfD nicht mehr aus. Wird auch im Europaparlament
67 der autoritäre Schulterschluss der Rechtsextremen mit den Konservativen seinen
68 Lauf nehmen oder schaffen wir es, dieser Entwicklung etwas entgegenzusetzen? Die
69 reaktionäre Konterrevolution von rechts scheint jedenfalls vielerorts schon
70 vollzogen.

71 Wir müssen an neuen linken Bündnissen und Mehrheiten arbeiten, um diesem
72 Rechtsruck Einhalt zu gebieten. Unsere Vision eines republikanisch organisierten
73 und demokratischen Europas kann diesem linken Gegenentwurf einige konkrete Ideen
74 schon jetzt entgegenstellen.

75 Europa muss Sozialunion statt Wirtschaftsunion sein

76 Ein Europa ohne Populismus kann nur ein soziales Europa sein und andersrum. Um
77 sich als EU-Bürger*in zu identifizieren braucht es eine gemeinsame
78 sozialpolitische Linie, die allen Menschen gleiche Ausgangsmöglichkeiten
79 ermöglicht. Dafür braucht es mehr Solidarität in Europa! Europa darf keine
80 neoliberale Wirtschaftsunion sein, sondern muss Sozialunion werden, denn der
81 Neoliberalismus bereitet dem Faschismus seinen Weg.

82 Als sozialpolitische Antwort auf die prekäre Lebenssituation vieler Millionen
83 Menschen in Europa fordern wir folgende Maßnahmen:

- 84 • Es braucht eine gemeinsame Arbeitsmarktpolitik, die nicht nur
85 Freizügigkeit in den Vordergrund stellt, sondern die soziale Sicherung.
86 Aus diesem Grunde braucht es eine europäische Sozialversicherung, die
87 Sozialleistungen wie Arbeitslosengeld abdeckt und für gleiche
88 Grundvoraussetzungen sorgt
- 89 • Ebenso müssen Krankenversicherung und weitere gesundheitspolitischen
90 Regelungen auf EU-Ebene reguliert werden. Diese muss eine kostenfreie
91 Grundversorgung für alle Menschen beinhalten.
- 92 • Ebenso fordern wir einen einheitlichen europäischen Mindestlohn.
- 93 • Alle Menschen müssen für die gleiche Arbeit gleich viel verdienen, dass
94 Frauen weniger verdienen können wir nicht dulden. Auch klassische
95 Pflegeberufe, die öfter von Frauen ausgeübt werden, werden schlecht
96 entlohnt. An dieser Stelle braucht es eine Aufwertung der Care-Arbeit.

97 Wer ein gerechtes Europa will, muss sich mit dem Kapitalismus anlegen

98 Die EU hat sich zum Ziel gesetzt den Handelsbedingungen aufzustellen und einen
99 freien Handel zu ermöglichen. Ganz offensichtlich hat sie es jedoch nicht
100 geschafft, solche Abkommen zu beschließen, die angemessene
101 Verbraucherschutzstandards erfüllen. Viele Bürger*innen gingen deshalb auf die
102 Straße, um gegen bestimmte Abkommen zu demonstrieren. In Sachen
103 Verbraucherschutz schlägt sich die EU generell häufig auf die Seite der
104 Unternehmen, auch wenn sie dafür keine guten Argumente hat. Das wird deutlich an
105 der Erlaubnis das Pestizid Glyphosat zu verwenden, die Entscheidung ist schwer
106 nachvollziehbar, da unabhängige Studien das Gegenteil der EU-Sicht abbilden. Die
107 EU darf keine Institution sein, die wirtschaftlichen Akteur*innen freie Hand
108 gewährt, während sie im Sinne der Wachstumslogik die Erde über alle ökologischen
109 Grenzen ausbeuten. Klimaschädliche Wirtschaftspraktiken müssen Konsequenzen nach
110 sich ziehen, schließlich tragen alle Menschen die Kosten, die solch eine
111 kapitalistische Wirtschaftsweise verursacht. Weiterhin muss die EU mehr
112 Verantwortung übernehmen im Kampf gegen Menschenrechtsverletzungen.
113 Firmen dürfen keine Menschenrechtsverletzungen begehen oder zulassen, die EU muss
114 dafür sorgen, dass sie diesem Anspruch gerecht werden.

115 Die Wirtschaft muss im Sinne menschlicher Bedürfnisse stehen, nicht im Sinne
116 kapitalistischer Verwertungslogik. Um das durchzusetzen braucht es eine EU, die
117 den enthemmte Kapitalismus Solidarität und Menschenrechte entgegengesetzt.

118 Insgesamt muss klar sein: Es braucht ein ökologisches, offenes und solidarisches
119 Europa. Nur ein solches Europa kann mit den aktuellen Krisen umgehen, nur ein
120 solches Europa kann den eigenen Werten wie den Menschenrechten gerecht werden.
121 Dazu braucht es eine wirtschaftliche, sozialpolitische und migrationspolitische
122 Wende.

Begründung

Europa muss sich radikal wandeln. Das anstehende Europawahljahr 2019 müssen wir zum Anlass nehmen, um uns in Hinblick auf die EU neu zu positionieren. Es braucht eine europäische Vision für Bürger*innen in der EU, nur so lässt sich die krisenbehaftete EU überwinden.

V18 Dringlichkeitsantrag: Extrem daneben - gegen die Kürzung von Mitteln gegen Rechts!

Antragsteller*in: Jonathan Thurow, Bela Mittelstädt, Liam Harrold

Tagesordnungspunkt: 9. V-Anträge

Zusammenfassung

Die Große Koalition in Niedersachsen will Geld für Programme gegen rechte Menschenfeindlichkeit kürzen. Das Geld soll genutzt werden um ein Programm gegen Linke zu bezahlen. Solche Programme sind in anderen Bundesländern oft gescheitert. Sie kosten viel Geld und bringen nichts. Außerdem werden somit Rechte und Linke gleichgesetzt. All dies lehnen wir als Grüne Jugend Niedersachsen ab. Wir fordern mehr Geld gegen Rechts.

1 Die Große Koalition in Niedersachsen will das 2016 ins Leben gerufene
2 „Landesprogramm gegen Rechtsextremismus – für Demokratie und Menschenrechte“ um
3 den Bereich Linksextremismus erweitern. Die finanziellen Mittel für das Program
4 sollen dabei nicht steigen. Somit bleibt am Ende noch weniger für die Prävention
5 von rechter Menschenfeindlichkeit übrig - aus unserer Sicht ein fatales Signal
6 in Zeiten von Chemnitz, PEGIDA und AfD!

7 Erfahrungen aus dem gesamten Bundesgebiet machen außerdem klar, dass
8 Präventionsprogramme gegen sogenannten „Linksextremismus“ oft ins Leere laufen
9 und nicht funktionieren. So hat erst im Februar diesen Jahres der SPD-
10 Innenminister Geisel in Berlin klar gemacht, dass solch ein Programm gescheitert
11 sei. Jeder Euro in den Kampf gegen sogenannten „Linksextremismus“ wäre besser in
12 Programme gegen rechts investiert! Die geplante Erweiterung des Programms ist
13 ideologisch motivierte Steuerverschwendung.

14 Hinzukommt, dass somit verstärkt mit der sogenannten „Extremismustheorie“
15 gearbeitet werden soll, die wir als GRÜNE JUGEND Niedersachsen ablehnen.

16 Die Befürworter*innen dieses politischen Konzepts gehen dabei von einer Mitte
17 als Norm aus, deren Ränder insbesondere Links und Rechts die Gesellschaft von
18 Außen bedrohen. Dabei sprechen sie gar von einer „Hufeisentheorie“. Die Enden
19 des Hufeisens symbolisieren die „Ränder die Gesellschaft“, die in ihrer Form von
20 der Mitte abweichen und sich annähern und damit gleichermaßen abzulehnen sind.

21 Das Fatale an dieser Kategorisierung ist dabei nicht einmal die Gleichsetzung
22 verschiedener „Extremismen“, sondern ihre Abgrenzung vom Rest der Gesellschaft
23 als abnormal und damit die Konstruktion einer zu schützenden gesellschaftlichen
24 Mitte. Diese Sichtweise verhindert den Blick auf die Grundlage
25 menschenfeindlicher Ideologien, wie Rassismus oder religiöser Fanatismus. Der
26 Zusammenhang zwischen rechten Tönen in der Gesellschaft und Terror, wie der vom
27 NSU, werden dabei erfolgreich verdrängt.

28 Dem treten wir als GRÜNE JUGEND Niedersachsen entschlossen entgegen. Es darf
29 keine Vereinfachung und Abgrenzung solcher Phänomene geben. Vielmehr müssen die
30 Grundlagen analysiert und Hass, Hetze sowie daraus folgende Gewalt langfristig
31 der gesellschaftliche Nährboden entzogen werden.

32 Wir als GRÜNE JUGEND Niedersachsen:

33 - lehnen die geplante faktische Kürzung des Landesprogramms gegen
34 Rechtsextremismus ab

- 35 - lehnen den Extremismusbegriff als Grundlage zur Erforschung von autoritären,
36 menschenfeindlichen Ideologien ab
- 37 - fordern eine Erhöhung der Mittel zur Prävention von rechter Ideologie und
38 rechter Gewalt
- 39 - zeigen uns solidarisch mit allen, die aufgrund ihres antifaschistischen
40 Engagements kriminalisiert und als „linksextrem“ abgestempelt werden

Begründung

Diese Woche hat die Landesregierung angekündigt, das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus auf den Phänomenbereich des sogenannten „Linksextremismus“ zu erweitern. Dadurch werden faktisch die Mittel zur Prävention von Rechts gekürzt sowie Antifaschist*innen weiterhin durch den von uns regelmäßig in der Vergangenheit abgelehnten „Extremismus“-Begriff kriminalisiert. Zu dieser neuen Entwicklung sollten wir uns als GJN klar positionieren und unsere Ablehnung deutlich machen.

Dringlichkeit: <http://www.taz.de/!5540799/>

Linksextremismusprogramme gescheitert: <https://www.sueddeutsche.de/news/politik/extremismus---berlin-innensenator-programme-gegen-linksextremisten-gescheitert-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-180214-99-70654>

<https://gruene-jugend.de/programm-gegen-linksextremismus-teuer-erfolglos-und-ideologisch-verblendet/>

V19 Dringlichkeitsantrag: NPOG konsequent verhindern

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 20.10.2019
Tagesordnungspunkt: 9. V-Anträge

- 1 Im Frühjahr hat die Landesregierung unter SPD und CDU ein niedersächsisches
- 2 Polizeigesetz vorgestellt, das in seiner Gesamtheit freiheits- und
- 3 bürger*innenfeindlich ist und die Befugnisse der niedersächsischen Polizei
- 4 unverhältnismäßig ausweitet. Trotz der Gründung eines breit aufgestellten
- 5 Bündnisses und einer Demonstration, an der um die 15 000 Menschen teilnahmen,
- 6 sieht die rot-schwarze Regierung keinen Grund ihren Kurs zu überdenken und
- 7 reagiert nicht angemessen auf die vorgetragene Kritik jeglicher Seite. Die
- 8 Ansage, das Gesetz noch diesen Dezember beschließen zu wollen, lässt dabei
- 9 jegliches Demokratieverständnis missen. Weder die vom gesetzgebenden
- 10 Beratungsdienst angesprochenen rechtlichen Unklarheiten noch die Befürchtungen
- 11 und Kritikpunkte der Gesellschaft werden damit ernstgenommen.

- 12 Die Grüne Jugend Niedersachsen bestärkt deshalb ihre Forderung danach, das Gesetz
- 13 aufgrund der Reaktionen innerhalb der Gesellschaft zurückzunehmen und, dass die
- 14 Landesregierung ihren Fehler einsieht.

- 15 Darüber hinaus kritisieren wir das skandalöse Verhalten der Regierung und deren
- 16 Versuch sachliche Kritik derartig zu unterbinden. Eine vorschnelle Behandlung
- 17 des Gesetzes im Dezember macht deutlich, dass die die GroKo keineswegs an der
- 18 Meinung verschiedenster gesellschaftlicher Akteure interessiert ist.

- 19 Deshalb ruft die Grüne Jugend Niedersachsen dazu auf, am weiterhin lautstark auf
- 20 die Straße zu gehen und ihrem Protest in verschiedensten Formen Ausdruck zu
- 21 bringen. Denn der Kampf gegen das NPOG und den Überwachungsstaat geht weiter!